

2064

Montag, 30. November 1970

Schweizerische Haltung zum  
neuen SUPERCERN-Projekt.

Politisches Departement. Antrag vom 26. November 1970 (Beilage)  
Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 27. November 1970  
(Beilage).

Gestützt auf die Ausführungen des Politischen Departements  
hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Eidgenössischen Räte ist der Bundesrat grundsätzlich bereit, die der Europäischen Organisation für Kernforschung seinerzeit im Hinblick auf die Teilnahme der Schweiz am Bau des 300 GeV-Beschleunigers (Projekt A) abgegebene Absichtserklärung auf das Projekt B auszuweiten. (Plafonierung des Beitrages auf 73 Mio Franken gemäss ursprünglichem Beschluss des Bundesrates vom 9.12.1968). Die schweizerische Beteiligung am Projekt B wird jedoch von der Erfüllung der in beiliegender Absichtserklärung niedergelegten Bedingungen abhängig gemacht. (s. Beilage).
2. Der Vorsteher des Politischen Departements wird ermächtigt, diese Absichtserklärung dem Präsidenten des CERN-Rates gegebenenfalls am 22. Dezember 1970 vorzulegen.
3. Zudem wird der Vorsteher des Politischen Departements ermächtigt, dem Generaldirektor des CERN in nächster Zukunft nach Massgabe des beiliegenden Schreibens die Bereitschaft der Schweiz zur Uebernahme gewisser Verpflichtungen im Hinblick auf die Landbeschaffung und den Ausbau der Infrastruktur für das SUPERCERN bekanntzugeben (s. Beilage).

Protokollauszug an:

EPD 10 zum Vollzug  
EDI 5  
FZD 13

Für getreuen Auszug:  
der Protokollführer:

Schwartz

o.141.302.1 - WT/rl

Bern, den 26. November 1970

AusgeteiltA n d e n B u n d e s r a tSchweizerische Haltung zum  
neuen SUPERCERN-ProjektI. Einleitung

Mit Beschluss vom 9. Dezember 1968 stimmten Sie grundsätzlich der Beteiligung der Schweiz am Bau und Betrieb des von der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) in einem Drittstaat geplanten 300 GeV-Beschleunigers zu. Gleichzeitig ermächtigten Sie den Vorsteher des Politischen Departements, dem CERN-Rat die Teilnahme unseres Landes am SUPERCERN in Form einer Absichtserklärung bekanntzugeben.

In unserer Absichtserklärung vom 9. Dezember 1968 gaben wir dem Präsidenten des CERN-Rates - unter Vorbehalt der Zustimmung der Eidgenössischen Räte - unsere Bereitschaft zur Teilnahme am SUPERCERN-Projekt bekannt, unter der Bedingung, dass sich die fünf anderen daran interessierten CERN-Mitgliedstaaten ebenfalls beteiligen und sich die Baukosten auf insgesamt höchstens 1'335 Mio Franken (Preisstand 1967) belaufen.

Im Hinblick auf den für den 18./19. Dezember 1969 vorgesehenen definitiven Baubeschluss des CERN-Rates gelangten wir nach erneuter Konsultation der wissenschaftlichen Kreise wiederum an Sie, um eine entsprechende Bestätigung unserer Absichtserklärung vom 9. Dezember 1968 zu erwirken. In der Folge ermächtigten Sie am 1. Dezember 1969 den Vorsteher des Politischen Departements, dem Präsidenten des CERN-Rates vor dem 4. Dezember 1969 eine schriftliche Bestätigung der Absichtserklärung zuzustellen.

./.

Bekanntlich kam am 18./19. Dezember 1969 zufolge der Haltung der deutschen Delegation eine Einigung über den Standort und damit ein Baubeschluss im CERN-Rat nicht zustande. Eine für Anfang 1970 vorgesehene Ministerkonferenz, die über diese Frage hätte entscheiden sollen, musste in der Folge sine die verschoben werden.

## II. Neues 300 GeV-Beschleuniger-Projekt mit Standort in Meyrin/ St-Genis

---

Nachdem es sich im Verlaufe zahlreicher Sitzungen des Ratskomitees des CERN bestätigte, dass im Rahmen des ursprünglichen Projektes (mit A bezeichnet) mit einer Lösung der Krise nicht mehr zu rechnen war, präsentierte der für das SUPERCERN verantwortliche Dr. John Adams aus eigener Initiative Ende März ein neues Projekt, mit Standort für den Grossbeschleuniger auf französisch/schweizerischem Terrain in unmittelbarer Nachbarschaft des heutigen CERN (Projekt B). Von den neuesten Erkenntnissen auf dem Gebiet der Technologie ausgehend (Einbau von supraleitenden Magneten anstelle der ursprünglich vorgesehenen Ablenkmagneten mit Eisenkernen), legte Dr. Adams dar, dass der Bau eines Grossbeschleunigers von anfänglich 150 GeV (später ausbaubar bis 800 GeV) mit einem Durchmesser von 1,8 bis 2,2 km nördlich der Strasse Meyrin/St-Genis ohne weiteres möglich wäre. Diese Lösung hat den Vorteil, dass die bestehenden Anlagen von CERN Meyrin mit jenen des zukünftigen SUPERCERN integriert werden können, wodurch sich gegenüber Projekt A beachtliche Einsparungen erzielen lassen. Ueber diese neue Lösung sowie den Umstand, dass der Ringbeschleuniger des Projektes A mit seinem Durchmesser von 3 km aus topographischen Gründen in der Nähe von CERN I nicht hätte gebaut werden können, haben wir Sie mit Bericht vom 20. April 1970 "Le SUPERCERN près de Genève?" orientiert. Die Variante B wurde in der Folge von sämtlichen am SUPERCERN interessierten Mitgliedstaaten des CERN und von den zuständigen Kreisen der Hochenergiephysik (Wissenschaftsausschuss des CERN und Europäischer Ausschuss für künftige Beschleuniger) eingehend geprüft und zur Ausführung empfohlen. Die am SUPERCERN interessierten sechs Staaten unterstützen heute alle das Projekt B. Es hat zudem den Vorteil, dass eine Reihe der an einer Teilnahme am Projekt A bis anhin

nicht interessierten Staaten heute ihre Beteiligung am SUPERCERN neu überprüfen. Dies gilt insbesondere für Grossbritannien und die skandinavischen Staaten, die sich stets für die geographische Einheit von CERN und SUPERCERN aussprachen.

### III. Beurteilung des Projektes B durch die zuständigen schweizerischen Kreise der Wissenschaft

---

Nachdem seinerzeit die Beteiligung der Schweiz am Bau und Betrieb eines Grossbeschleunigers (Projekt A) von den zuständigen Kreisen der Hochenergiephysik der Schweiz befürwortet wurde, gilt dies heute noch in vermehrtem Masse für Projekt B. Der Bau des Grossbeschleunigers in der Nähe von CERN Meyrin eröffnet in der Tat für unsere Hochschulen Möglichkeiten, die sich ziffernmässig nicht erfassen lassen. Erwähnt seien hier bloss die sich daraus ergebenden Ansatzpunkte zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den schweizerischen Hochschul-Instituten und dem CERN einerseits, dem Schweizerischen Institut für Nuklearforschung (SIN) in Villigen andererseits. Mit dem Bau des Grossbeschleunigers in der Nähe von Meyrin entfällt zudem eines der Hauptargumente, das seinerzeit von schweizerischer Seite immer wieder gegen eine Beteiligung am Projekt A vorgebracht wurde. Wir mussten uns damals Rechenschaft geben, dass sich das wissenschaftliche Interesse von CERN Meyrin bald auf das neue Laboratorium verlagern würde, was einen langsamen, jedoch stetigen Abbau der Anlagen von Meyrin zur Folge gehabt hätte. Dazu kommen für die Schweiz im allgemeinen die sich aus der Präsenz einer auf dem Gebiete der "big sciences" führenden internationalen Organisation ergebenden, zahlenmässig nicht zu erfassenden Vorteile.

### IV. Die finanziellen Auswirkungen für die Schweiz

---

Sollte der Grossbeschleuniger auf französisch/schweizerischem Gebiet gebaut werden, entstünden unserem Lande und Frankreich neben den Beitragskosten an den Bau des Grossbeschleunigers, dessen Kosten sich auf 1'150 Mio Franken belaufen (Preisstand 1970), zusätzlich

\*) Ein gleichlautendes Schreiben ging an den französischen  
Aussenminister.

./.

noch Infrastrukturkosten. Wir haben Sie darüber mit Zwischenbericht vom 11. August 1970 orientiert. Am 19. August haben Sie von diesem Bericht Kenntnis genommen und die grundsätzliche Bereitschaft der Schweiz zur Uebernahme eines angemessenen Beitrages an den Ausbau der Infrastruktur erteilt.

A. Schweizerischer Beitrag an die Bereitstellung des Geländes und den Ausbau der Infrastruktur

Einleitend sei daran erinnert, dass sich die fünf Staaten, die für das Projekt A einen Sitz offeriert hatten, seinerzeit mehr oder weniger verbindlich zur Uebernahme sämtlicher Infrastrukturkosten verpflichteten und ein gleiches Engagement heute von Frankreich und der Schweiz erwartet wird. Mit Schreiben vom 15. Oktober 1970 unterbreitete deshalb der Generaldirektor des CERN dem Vorsteher des Politischen Departements\*) die folgenden fünf Fragen zur schriftlichen Beantwortung:

- Ist die schweizerische Regierung bereit, der Organisation das für den Bau des SUPERCERN benötigte Gelände von 68 Hektaren kostenlos zur Verfügung zu stellen?
- Welche Vorkehren gedenkt die schweizerische Regierung zur Deckung der für die Bereitstellung und Ableitung des Kühlwassers notwendigen Anlagekosten zu treffen?
- Welche Tarife werden für die andern öffentlichen Dienstleistungen Anwendung finden?
- Sind die schweizerische Regierung und die örtlichen Instanzen in der Lage, eine genügende Anzahl Wohnungen zur Verfügung und geeignete Ausbildungsmöglichkeiten sicherzustellen?
- Wird die Organisation ihre Arbeiten auf dem neuen Gelände in gleicher Weise wie zurzeit in Meyrin ausführen können?

---

\*) Ein gleichlautendes Schreiben ging an den französischen Aussenminister.

a) Ueb Aufgrund der im vergangenen Sommer und Herbst zwischen Vertretern Frankreichs und der Schweiz geführten informellen Gespräche und der Kontakte mit den interessierten Bundesstellen und Genfer Behörden zeichnen sich heute für unser Land die folgenden Beitragsmöglichkeiten ab:

- Bereitstellung des für den Grossbeschleuniger benötigten Geländes zur freien Verfügung der Organisation;
- Bau einer Kühlwasserleitung vom Genfersee zum Standort;
- angemessener Ausbau der übrigen Infrastruktur (besonders Schulen und Wohnungsbau).

a) Kosten der Wasserleitung

Nach den ersten vorliegenden Studien belaufen sich die mit dem Bau einer Kühlwasserleitung vom Genfersee an den Standort des SUPERCERN verbundenen Auslagen, inklusive Kosten der Rückleitung des Wassers, auf ca. 47 Mio Franken. Die Finanzierung der Wasserleitung und der Betriebskosten durch den Bund könnte in der Weise erfolgen, dass bei der Berechnung der vom CERN pro Kubikmeter Wasser zu entrichtenden Abgabe neben einer Verzinsung auch die Amortisation des Kapitals mitberücksichtigt wird. Die Finanzierung selbst sollte wenn möglich über die FIPOI vorgenommen werden.

b) Kosten der Landbeschaffung

Von dem für den Bau des Beschleunigers benötigten Gelände entfallen ca. 68 Hektaren auf die Schweiz. Ueber den Wert dieses Landes - das als Landwirtschaftszone klassiert ist - können im Augenblick noch keine verbindlichen Angaben gemacht werden.

Nach den Ausführungen der Vertreter des Genfer Staatsrates - die vom Vorsteher des Politischen Departements am 24. November zu einer Aussprache empfangen wurden - sind gegenwärtig für die in der Grenzzone liegenden Terrains Quadratmeterpreise von Fr. 10.- bis Fr. 15.- üblich. Bei Annahme eines etwas höheren Preises wäre somit für die Landbeschaffung mit einem Aufwand von 15 bis max. 20 Mio Franken zu rechnen.

c) Uebrige Infrastrukturkosten

Was die weiteren Beiträge an den Ausbau der Infrastruktur anbelangt, wird man im Einvernehmen mit dem Genfer Staatsrat auf die Bemühungen und Projekte der Genfer Behörden im Hinblick auf den Bau von Wohnungen, Schulen etc. hinweisen können.

d) Zusicherung der Weiterführung des bisher geltenden Regimes

Aufgrund der unter dem bisherigen Sitzabkommen gemachten guten Erfahrungen ist in dieser Hinsicht mit keinen Schwierigkeiten zu rechnen.

## B. Finanzielle Beteiligung der Schweiz an den Kosten des Baus des Grossbeschleunigers

Wie eingangs erwähnt, stimmten Sie am 9. Dezember 1968 grundsätzlich der Beteiligung der Schweiz am Projekt A (Bedingungen: Kostenplafond 1'335 Mio Franken / 6 Teilnehmerstaaten) zu. Aufgrund des damals zur Anwendung gelangenden Verteilungsschlüssels von 4,93 % entspräche dies heute einem schweizerischen Beitrag von 73 Mio Franken, verteilt auf acht Jahre.

Demgegenüber werden heute die Baukosten für das Projekt B mit 1'150 Mio Franken veranschlagt. Bei der Berechnung des anwendbaren Verteilungsschlüssels ist nun aber davon auszugehen, dass für das Projekt B eine Reihe von Staaten - insbesondere Italien - das Mitmachen Grossbritanniens zur Bedingung für ihre Beteiligung machen. Angesichts der unserem Lande als Sitzstaat zusätzlich erwachsenden Infrastrukturkosten besteht unsererseits kein Anlass, diese Bedingungen nicht zu übernehmen. Mit der Beteiligung Grossbritanniens reduziert sich unser Beitragsschlüssel von 4,93 % auf 3,7 % und damit unser Beitrag auf 42 Mio Franken für das Projekt B gegenüber 73 Mio für das Projekt A.

Der Minderaufwand von 31 Mio Franken sollte es der Schweiz gestatten, die ihr durch den Bau des SUPERCERN entstehenden Kosten (für Landbeschaffung und Infrastruktur) - soweit diese im Sinne der obigen Ausführungen nicht vom CERN abzugelten sind - zu tragen.

## V. Schlussfolgerungen

Unter Hinweis auf die obigen Ausführungen und den Umstand, dass der von den Mitgliedstaaten des CERN und der CERN-Verwaltung im Hinblick auf die Ratssitzung vom 22. Dezember 1970 aufgestellte Zeitplan eine rasche schweizerische Stellungnahme erfordert, unterbreiten wir Ihnen hiermit den Entwurf einer Antwort auf die Anfrage der Generaldirektion des CERN vom 15. Oktober 1970 (Beilage 1).

In einem weiteren Schreiben, das wir Ihnen ebenfalls im Entwurf unterbreiten (Beilage 2), beantragen wir Ihnen, den Präsidenten des CERN-Rates im Hinblick auf die Ratssitzung vom 22. Dezember 1970 dahin zu orientieren, dass die Schweiz - unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Eidgenössischen Räte - ihre Absichtserklärungen zur Teilnahme am Projekt A von den Jahren 1968 und 1969 auf das Projekt B ausdehnt.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehrt sich das Politische Departement, dem Bundesrat zu

b e a n t r a g e n :

1. Der Bundesrat ist - unter Vorbehalt der Zustimmung der Eidgenössischen Räte - grundsätzlich bereit, die der Europäischen Organisation für Kernforschung seinerzeit im Hinblick auf die Teilnahme der Schweiz am Bau des 300 GeV-Beschleunigers (Projekt A) abgegebene Absichtserklärung auf das Projekt B auszudehnen. Die schweizerische Beteiligung am Projekt B wird jedoch von der Erfüllung der in beiliegender Absichtserklärung niedergelegten Bedingungen abhängig gemacht.
2. Der Vorsteher des Politischen Departements wird ermächtigt, diese Absichtserklärung dem Präsidenten des CERN-Rates gegebenenfalls am 22. Dezember 1970 vorzulegen.
3. Der Bundesrat ermächtigt zudem den Vorsteher des Politischen Departements, dem Generaldirektor des CERN in nächster Zukunft

./.



- 8 -

nach Massgabe des beiliegenden Schreibens die Bereitschaft der Schweiz zur Uebernahme gewisser Verpflichtungen im Hinblick auf die Landbeschaffung und den Ausbau der Infrastruktur für das SUPERCERN bekanntzugeben.

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT

Monsieur le Professeur  
 Directeur général de  
 l'Organisation européenne  
 pour la recherche nucléaire  
 1211 GENEVE 23

G. Müller

Monsieur le Directeur général,

Par lettre du 11 octobre 1970, vous m'avez fait part des questions que le Conseil du CERN vous avait invité à poser au Gouvernement suisse, en prévision de l'éventuelle installation d'un grand accélérateur de 300 GeV à côté du laboratoire européen du CERN,

Zum Mitbericht an:

- das Departement des Innern
- das Finanz- und Zolldepartement

Protokollauszug an:

- das Politische Departement (in 10 Exemplaren) zum Vollzug;
- das Departement des Innern zur Kenntnisnahme;
- das Finanz- und Zolldepartement zur Kenntnisnahme.

P R O J E TLE CHEF  
DU

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

CONFIDENTIEL

Berne, le

Monsieur le Professeur B. G r e g o r y  
 Directeur général de  
 l'Organisation européenne  
 pour la recherche nucléaire  
 1211 G e n è v e 23

Monsieur le Directeur général,

Par lettre du 15 octobre 1970, vous m'avez fait part des questions que le Conseil du CERN vous avait invité à poser au Gouvernement suisse, en prévision de l'éventuelle installation du grand accélérateur de 300 GeV à côté du laboratoire actuel du CERN, en partie sur territoire suisse.

Le Conseil fédéral m'a prié de vous répondre ce qui suit.

1. En temps opportun, une lettre d'intention, qui vaudra comme notification écrite au sens de l'Article III 3 de la Convention révisée, sera adressée au Président du Conseil du CERN, au nom du Conseil fédéral. Voici, en bref, quels en seront les points essentiels:
  - Tout en rappelant la position favorable qu'il avait prise à l'époque à l'égard du Projet A (estimé à 1,335 milliard de francs suisses aux prix de 1967), le Gouvernement suisse fera connaître qu'il a l'intention de participer à la réalisation du Projet B (estimé à 1,150 milliard de francs suisses aux prix de 1970), l'approbation des Chambres fédérales demeurant toutefois réservée.

- La lettre réaffirmera ensuite ce que le Gouvernement suisse avait déjà souligné dans la lettre d'intention du 9 décembre 1968, à savoir l'importance de la participation au nouvel accélérateur du plus grand nombre possible d'Etats membres du CERN. Le Gouvernement suisse s'autorisera du fait que la plupart des Etats membres ont manifesté nettement plus d'intérêt pour le Projet B que pour le Projet A, pour poser comme condition à sa participation que la Grande-Bretagne au moins se joigne maintenant aux six pays qui étaient prêts à réaliser le Projet A.

C'est dans l'optique de cette nouvelle lettre d'intention que devront être considérées les réponses qui suivent.

2. Sous réserve de l'approbation du Parlement et dans les limites indiquées au chiffre 7 ci-dessous, le Gouvernement suisse est prêt à mettre à la disposition de l'Organisation européenne pour la recherche nucléaire, dans un ordre chronologique à convenir avec elle et, le cas échéant, sous réserve d'un droit d'exploitation en surface
  - les 68 hectares du secteur 3 qui se trouvent en Suisse
  - le terrain éventuellement nécessaire pour la construction d'un réservoir sur la partie suisse du secteur 5.
3. Sous réserve de l'approbation du Parlement, le Gouvernement suisse est prêt à financer les dépenses de l'équipement nécessaire à l'alimentation en eau de refroidissement et à l'évacuation de cette eau. Le Gouvernement suisse accepte le principe que le tarif unitaire applicable à l'Organisation pour l'eau de refroidissement ne devrait pas être supérieur au tarif consenti aux utilisateurs nationaux les plus favorisés pour une consommation et des frais d'adduction comparables.
4. Le Gouvernement suisse accepte le principe que les tarifs des autres services publics ne devraient pas être supérieurs aux tarifs consentis aux utilisateurs nationaux les plus favorisés pour des prestations comparables.

5. Le Gouvernement suisse confirme ce qui a déjà été consigné dans le document CERN/971, à savoir que des projets sont déjà à l'étude, à Genève, en vue de fournir de nouveaux logements à proximité du terrain; les plans en cours d'étude devraient être suffisants pour répondre aux besoins en logement du personnel qui choisirait de s'établir en Suisse.

Quant au problème des écoles, le Canton de Genève est déjà en train de l'étudier, compte tenu du nombre croissant d'enfants de fonctionnaires internationaux. Un enseignement organisé uniquement pour les enfants du personnel du CERN ne semble pas indispensable, vu les possibilités offertes par Genève et ses environs.

6. L'Organisation sera habilitée à exercer ses activités sur le nouveau terrain de façon analogue à celle dont elle les exerce actuellement sur son domaine de Meyrin.
7. Le Gouvernement suisse constate que le Projet B va réduire la contribution des autres pays, par rapport au Projet A, dans une mesure appréciable; alors que sa propre contribution - comme celle de la France - va se trouver sérieusement augmentée par les frais d'achat de terrains et d'infrastructure qu'il va devoir prendre à sa charge. Or, l'une des raisons pour lesquelles le Gouvernement suisse n'avait pas proposé de site pour le Projet A était précisément qu'il estimait ne pas pouvoir accroître encore sa contribution déjà très importante aux efforts internationaux dans le domaine de la recherche scientifique.

Etant donné l'impossibilité de chiffrer actuellement de façon exacte la charge que représentera l'achat des terrains et la construction des installations nécessaires à l'alimentation en eau et à son évacuation, le Gouvernement suisse se voit obligé de limiter son engagement financier global, pour le Projet B et pour ces dépenses, à 73 millions de francs suisses, ce qui signifierait une mise de fonds de sa part pour la couverture des dépenses précitées égale aux trois quarts environ de sa contribution au Projet B.

8. Au cas où la Suisse ne participerait pas au Projet B et où il serait quand même poursuivi, les engagements ci-dessus relatifs à l'infrastructure ne seraient plus valables et devraient faire l'objet de nouvelles négociations.
9. Le Gouvernement suisse saurait gré à la Direction générale du CERN de bien vouloir lui fournir dans le plus proche avenir possible, à l'intention des autorités fédérales et genevoises compétentes, toutes les données qui leur permettront de procéder à une estimation plus précise du coût de l'achat des terrains et de la construction des installations nécessaires pour l'alimentation en eau de refroidissement et l'évacuation de cette eau.

Veillez agréer, Monsieur le Directeur général, l'assurance de ma haute considération.

(P. Graber)

P R O J E T

LE CHEF  
DU  
DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

CONFIDENTIEL

Berne, le

Monsieur le Professeur E. A m a l d i  
Président du Conseil  
de l'Organisation européenne  
pour la recherche nucléaire

1211 G e n è v e 23

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur de vous faire savoir que le Gouvernement fédéral s'est à nouveau penché sur le problème de la participation de la Suisse au grand accélérateur de 300 GeV. Suite à ce dernier examen, j'ai été invité à vous faire connaître ce qui suit:

1. Le Gouvernement suisse avait manifesté, le 9 décembre 1968, son intention de participer au projet de grand accélérateur qu'il était alors question de construire et qui est appelé maintenant "Projet A". Compte tenu de l'impasse où le Projet A s'est trouvé engagé par la suite ainsi que de la préférence généralement manifestée pour la variante intitulée "Projet B", le Gouvernement suisse confirme son intention de participer à la réalisation d'un grand accélérateur de 300 GeV mais du type nouveau appelé Projet B, défini dans le document CERN/963 et estimé à 1,150 milliard de francs suisses aux prix de 1970.
2. Toutefois, comme en décembre 1968, le Gouvernement suisse se voit obligé, pour des raisons d'ordre constitutionnel et compte tenu des problèmes que pose ce projet sur les plans scientifique et financier, d'assortir cette déclaration d'intention des conditions et voeux suivants.

3. L'approbation des Chambres fédérales est réservée.
4. La contribution totale de la Suisse, même en cas d'augmentation des performances de l'accélérateur ou des possibilités d'expériences, ne dépassera pas ce qu'elle serait si les six Etats ayant manifesté en décembre 1968 leur intention de participer au Projet A et, en plus, la Grande-Bretagne, participaient définitivement au Projet B. En exprimant le désir que la Grande-Bretagne se joigne à ce projet, le Gouvernement suisse traduit le souci qu'il avait déjà exprimé en décembre 1968, à savoir que le plus grand nombre possible d'Etats membres du CERN participent au nouvel effort. Le Gouvernement suisse s'estime autorisé à poser cette condition après avoir pris connaissance avec vive satisfaction du fait que la plupart des membres du CERN et en particulier la délégation britannique ont manifesté pour le Projet B un bien plus grand intérêt que pour le Projet A.
3. Le Gouvernement suisse tient à souligner qu'il ne pourra en aucun cas accepter de dépassement du budget, compte tenu de l'ensemble de ses engagements financiers, des besoins également croissants des autres secteurs de la recherche scientifique et de l'appui déjà très important dont bénéficie la physique des hautes énergies. En ce qui concerne le développement des recherches dans ce dernier domaine, le Gouvernement suisse attache une importance particulière au problème de l'équilibre entre les efforts faits sur les plans nationaux et sur le plan international et à une fructueuse collaboration entre ces divers efforts.

Veillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma haute considération.

(P. Graber)

3003 Bern, den 27. November 1970

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Schweizerische Haltung zum neuen SUPERCERN-Projekt

M i t b e r i c h t

zum Antrag des Eidg. Politischen Departements  
vom 26. November 1970

Ohne dem Antrag opponieren zu wollen, sehen wir uns zu folgenden Bemerkungen veranlasst:

Der in den Vorverhandlungen zwischen den interessierten Departementen erzielte Kompromiss geht nach unserem Dafürhalten an die Grenze des Zumutbaren. Während das neue Projekt Supercern allen Staaten eine Reduktion ihrer Beitragsleistungen bringt, werden von der Schweiz als Sitzstaat - obschon wir bewusst nie einen Standort angeboten haben - zusätzliche Opfer verlangt. Die Plafo- nierung der gesamten Bundesleistungen auf den Betrag unserer sei- nerzeitigen Absichtserklärung für das frühere Projekt ist deshalb unumgänglich. Dabei geben wir uns durchaus Rechenschaft, dass die nach Abzug des ordentlichen Beitrages verfügbare Summe trotz der Bedingung auf Beteiligung von Grossbritannien möglicherweise nicht ausreicht, und dies auch dann, wenn die Anlagekosten für die Was- serleitung über den Betrieb amortisiert werden können. Es ist deshalb nach unserer Auffassung bei allem Verständnis für die heikle Lage der Schweiz ausgeschlossen, über dieses äusserste Ent- gegenkommen noch hinauszugehen.

Wir hatten schon mehrfach Gelegenheit, auf die verhängnisvolle Eigengesetzlichkeit aufmerksam zu machen, die uns zu einem angesichts



anderer drängender Forschungsbedürfnisse disproportionierten Einsatz von Bundesmitteln auf das engbegrenzte Gebiet der theoretischen Kernphysik zwingt. Weniger denn je kann es aber in Frage kommen, die Konsequenzen dieser zufällig zustande gekommenen Aufteilung später etwa einfach durch vermehrte Bundesleistungen korrigieren zu wollen.

EIDG. FINANZ- UND ZOLLDEPARTEMENT

Generalsekretariat EDI:  
Beförderung der Leiter  
des Dienstzweiges "Allgemeine  
kulturelle Fragen"  
und Filmwesen

Celio

Departement des Innern, Zürich, am 10. November 1971 (100.000)  
Finanz- und Zolldepartement, Bern, am 17. November 1971  
(Finanzstranden)

gestützt auf den Antrag des Dienstzweiges des Innern um die  
Übertragung des Finanz- und Zolldepartements hat der Bundesrat

Herr Dr. Rudolf Güler, 1918, von Bern, wohnt in Bern, ist  
Eigenschaft als Chef der Dienstzweige "Allgemeine kulturelle Fragen"  
beim Generalsekretariat des Departements des Innern am 1. Januar  
1971 zum Dienstzweig 14 (1. Dienstklasse) befördert.  
Die Jahressumme der Gehälter beträgt nach bündentlicher Dienst-  
ordnung 43'000 Franken; Dienstort ist Bern.

Herr Paul Rütshy, 1903, von Zürich, wohnt in Zürich, ist  
Eigenschaft als Chef der Dienstzweige "Allgemeine kulturelle Fragen"  
beim Generalsekretariat des Departements des Innern am 1. Januar  
1971 zum Dienstzweig 14 (1. Dienstklasse) befördert.  
Die Jahressumme der Gehälter beträgt nach bündentlicher Dienst-  
ordnung 43'000 Franken; Dienstort ist Bern.

Die Generaldirektion

11  
21

Die Generaldirektion  
des Finanz- und Zolldepartements